

EFRE-Fördervertrag

Kleinprojekte, p2p Projekte (bis max. 35.000 € Gesamtkosten)

Projektcode

Projekttitel

Datum

im Rahmen des INTERREG VI-A Programms
Bayern - Österreich 2021-2027

Im Rahmen des **INTERREG VI-A Programms Bayern-Österreich 2021-2027**, das von der Europäischen Kommission am 17.03.2022 mit der Nummer CCI-Nr. 2021TC16RFCB004 genehmigt wurde, wird unter Berücksichtigung der Verordnungen (EU) 2021/1060, (EU) 2021/1059 und (EU) 2021/1058

zwischen

der **Verwaltungsbehörde**

Land Oberösterreich
vertreten durch das
Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung
Abteilung Raumordnung – Koordinierungsstelle für EU-Regionalpolitik
Bahnhofplatz 1
A-4021 Linz
– im Folgenden als **Fördergeber** bezeichnet –

und dem **federführenden Begünstigten** des Projekts (**Lead-Partner**)

<Name>
<Anschrift>
vertreten durch
<Name>

und dem **Projektpartner 2**

<Name>
<Anschrift>
vertreten durch
<Name>

und dem **Projektpartner 3**

<Name>
<Anschrift>
vertreten durch
<Name>

– im Folgenden als **Förderempfänger** bezeichnet –

zum Zweck der Durchführung des Projekts

<Code> – <Projekttitel>

folgender privatrechtlicher

VERTRAG

abgeschlossen:

§ 1 Förderzusage

- (1) Dem Lead-Partner wird unter den nachfolgenden Voraussetzungen aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) im Wege der Anteilfinanzierung ein nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von 75% der EFRE-förderfähigen Gesamtkosten, höchstens jedoch € bewilligt.

(2) FAKULTATIV:

- a) Die Förderungen an Projektteilnehmer 1 - <Name> und Projektteilnehmer 2 – <Name> werden als De-minimis-Beihilfen entsprechend der VO (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen gewährt. Die gem. § 1 (2) zustehenden EFRE-Mittel der genannten <Anzahl> Projektteilnehmer werden jeweils zu 50% auf die beiden Mitgliedsstaaten „Republik Österreich“ und „Bundesrepublik Deutschland“ aufgeteilt.
 - b) Die Förderungen an werden als Beihilfen im Sinne des Art der AGVO (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung, VO (EU) Nr. 651/2014) gewährt.
 - c) Eventuelle mittelbare Beihilfen für assoziierte/partizipierende Organisationen während der Projektumsetzung werden als Beihilfen im Sinne des Art 20a der AGVO (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung, VO (EU) Nr. 651/2014) gewährt. Der jeweilige Projektpartner, muss in diesem Fall den Kontrollstellen im Rahmen der Projektabrechnung alle assoziierten/partizipierenden Organisationen namentlich nennen, sowie den Gegenwert der mittelbaren Beihilfe bekanntgeben.
- (3) Die Förderung wird für das vom zuständigen Euregio-Gremium am genehmigte Projekt gewährt.
- (4) Die Förderempfänger verpflichten sich zur Berichterstattung über die gewählten Indikatoren entsprechend Antragsstellung nach Projektende. Kann der Nachweis zur Erfüllung der Indikatoren gegenüber der Programmverwaltung nicht erbracht werden, kann dies zu finanziellen Konsequenzen führen.
- (5) Für die Förderzusage ist zudem Folgendes (*alternativ: vom Euregio-Gremium erteilte*) zu beachten:
- a) FAKULTATIV: Unabdingbarer Bestandteil dieses EFRE-Fördervertrages sind die für das genehmigte Projekt erforderlichen rechtsverbindlichen Verträge / Bescheide über die nationale Kofinanzierung. Kommt es zu Änderungen oder zur Auflösung dieser Verträge oder Bescheide, so wird dies durch den Förderempfänger der Verwaltungsbehörde des Programms und der zuständigen Kontrollstelle mitgeteilt.
 - b) FAKULTATIV: allfällige Auflagen

Der entsprechende Nachweis ist spätestens bis zum Abruf von EFRE-Mitteln gegenüber der zuständigen Kontrollstelle zu erbringen.

(sofern dies im Euregio-Gremium nicht anders definiert wird – individuell anzupassen).

§ 2 Dauerhaftigkeit des Projektes (Zweckbindung)

Jede wesentliche Änderung in Durchführung oder Bestand des Projekts ist dem Fördergeber unverzüglich mitzuteilen und bedarf seiner schriftlichen Zustimmung. Im Sinne der Bestimmung in Art. 65 der VO (EU) 2021/1060 darf das geförderte Projekt, das Investitionen in die Infrastruktur oder produktive Investitionen beinhaltet, innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nach der Abschlusszahlung an den Lead-Partner keine Änderungen erfahren, die seine ursprünglichen Ziele untergraben würden.

§ 3 Projektumsetzung

- (1) Für das Projekt wird folgender Durchführungszeitraum bestimmt:

Beginn:
Ende:

In begründeten Ausnahmefällen kann dieser Zeitraum auf Antrag geändert werden. Ein solcher Antrag ist mindestens 1 Monat vor dem jeweils maßgeblichen Zeitpunkt zu stellen.

- (2) Im Übrigen ist das Projekt nach dem folgenden Zeitplan umzusetzen:

		Datum der Berichtslegung
Berichtsperiode	01.01. – 31.12.	(immer 1 Monat später!)

Kann das Projekt nicht entsprechend des hier festgelegten Zeitplanes umgesetzt werden, ist dies unverzüglich nach Bekanntwerden des Umsetzungshindernisses, spätestens aber 1 Monat vor Ablauf der Berichtsperiode dem Fördergeber zur vorherigen Zustimmung mitzuteilen.

§ 4 Kosten- und Finanzierungsplan

- (1) Auf Basis der Antragsprüfung konnten für die Projektumsetzung Kosten im Ausmaß von € plausibilisiert werden. Den plausibilisierten Kosten liegt folgender Finanzierungsplan zugrunde:

Finanzierungsplan

Eigenmittel	€ <input type="text"/>
(davon) Einnahmen	€ <input type="text"/>
Nationale öffentliche Mittel	€ <input type="text"/>
Nationale private Mittel	€ <input type="text"/>
EFRE-Mittel	€ <input type="text"/>
Gesamt:	€ <input type="text"/>

- (2) Die Förderempfänger bestätigen, dass die Projektteilnehmer – über die dargestellten Finanzierungspläne hinaus – keine zusätzlichen öffentlichen Fördergelder für die beantragten Kosten in Anspruch nehmen.

§ 5 Förderfähige Ausgaben

- (1) Die Anrechenbarkeit von Projektkosten für die gewährte EFRE-Kofinanzierung richtet sich nach den in der Anlage angeführten „Leitfaden zur Budgetierung und Anerkennung von Kosten in Projekten mit Gesamtkosten bis zu 35.000 €“.

§ 6 Meilensteine

Für die Anrechenbarkeit von Projektkosten werden nachfolgende Meilensteine verbindlich festgelegt:

	Definition des Meilensteins	dem Meilenstein zugewiesenes Budget	Erforderliche Nachweise	Quantifizierungsmöglichkeit
M1				
M2				
...				

§ 7 Nachweismodalitäten und Auszahlung der EFRE-Mittel

- (1) Der Lead-Partner versichert, dass er die erforderlichen Unterlagen zur Nachweiskontrolle gem. § 6 der zuständigen Kontrollstelle (First Level Control) bei(idR Regierung von Niederbayern) bis zu einem Monat nach dem Ende des Durchführungszeitraums vorlegt.
- (2) Wenn die Unterlagen gemäß Abs. 1 vollständig vorgelegt, geprüft und in Ordnung befunden wurden, veranlasst die Verwaltungsbehörde bei der rechnungsführenden Stelle (= Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie) die Auszahlung der EFRE-Mittel an den Lead-Partner.

- (3) Sofern der Lead-Partner nicht schriftlich ein anderes legitimes Konto bekannt gibt, werden die EFRE-Fördermittel auf folgendes Konto überwiesen:

Kontoinhaber:
IBAN:
BIC:
Buchungstext

- (4) Eine Anweisung der EFRE-Mittel kann erst erfolgen, wenn diese tatsächlich dem Programm zur Verfügung stehen. Insofern haben die Projektteilnehmer das Finanzierungsrisiko zu tragen.
- (5) Der Leadpartner verpflichtet sich, die anteilige EFRE-Mittel (bei entsprechenden Kosten des Projektpartners) ordnungsgemäß an die Projektpartner weiterzuleiten. Im Falle einer Rückzahlungsaufforderung durch den Fördergeber kann sich der Lead-Partner nicht damit entlasten, dass er sich auf eine Weitergabe der Fördermittel beruft.

§ 8 Mehrfachförderung

Die Förderempfänger verpflichten sich zusätzliche öffentliche Fördermittel, die ihm oder den Projektpartnern zur Projektumsetzung gewährt werden und nicht im Finanzierungsplan gemäß § 4 Abs. 1 angegeben sind, dem Fördergeber umgehend bekannt zu geben.

§ 9 Rücktritt und Rückzahlungsverpflichtung

- (1) Der Fördergeber ist zum sofortigen ganzen oder teilweisen Rücktritt von diesem Fördervertrag aus wichtigem Grund verpflichtet. Ein wichtiger Grund ist insbesondere gegeben, wenn
- a) die Förderung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird,
 - b) der Abschluss dieses Vertrages durch Angaben zustande gekommen ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren oder der Fördergeber, Organe und Beauftragte der Europäischen Kommission oder sonstige programmeteiligte Stellen über maßgebliche Umstände unrichtig oder unvollständig informiert worden sind,
 - c) die Förderempfänger vorgesehene Kontrollmaßnahmen behindern,
 - d) Bestimmungen des europäischen Rechts oder des programmspezifischen Leitfadens zur Budgetierung und Anerkennung von Kosten nicht eingehalten wurden.
- (2) Der Fördergeber ist zum sofortigen ganzen oder teilweisen Rücktritt von diesem Fördervertrag berechtigt, insbesondere wenn
- a) das geförderte Projekt nicht, nicht termingerecht oder anderweitig nicht entsprechend diesem Vertrag durchgeführt wird,
 - b) über das Vermögen der Förderempfänger vor dem ordnungsgemäßen Abschluss des geförderten Projekts oder innerhalb von 5 Jahren nach der Projektabschlusszahlung ein Insolvenz- bzw. Konkursverfahren eröffnet oder die Eröffnung des Insolvenz- bzw. Konkursverfahrens mangels Deckung der Kosten abgewiesen wird,

- c) die Förderempfänger den Anforderungen an die Dokumentation der Projektabrechnungen und die Berichtslegung bzw. deren Vorlage, seinen Mitteilungs-, Nachweis- oder sonstigen Erklärungspflichten nicht oder nicht rechtzeitig nachkommen.
- (3) Tritt der Fördergeber vom Vertrag zurück, so hat der Lead-Partner den bereits ausbezahlten EFRE-Betrag zu erstatten. Der Erstattungsbetrag ist innerhalb eines Monats nach Eingang des Rückforderungsschreibens beim Förderempfänger zur Zahlung fällig. Mit Rechtswirksamkeit der Kündigung erlischt der Anspruch auf die noch nicht geleisteten Teilbeträge der EFRE-Mittel.
- (4) Der vom Lead-Partner zu erstattende Betrag ist vom Tag der Auszahlung an zu verzinsen. Die Verzinsung richtet sich nach dem zum Fälligkeitstermin maßgebenden Basissatz für die Ermittlung der Referenz- und Abzinsungssätze der Europäischen Union (abrufbar unter https://ec.europa.eu/competition-policy/state-aid/legislation/reference-discount-rates-and-recovery-interest-rates/reference-and-discount-rates_en), zuzüglich 1,5 Prozentpunkte, und wird vom Fördergeber im Rückforderungsschreiben festgesetzt.

§ 10 Projektdokumentation und Mitwirkungspflichten

- (1) Die Förderempfänger verpflichten sich, sämtliche das Projekt und seine Finanzierung betreffenden Unterlagen und Belege für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem 31. Dezember des Jahres, in dem die Verwaltungsbehörde die letzte Zahlung an den Begünstigten entrichtet, aufzubewahren.
- (2) Die Förderempfänger erklären sich bereit, bis zu fünf Jahren ab dem 31. Dezember des Jahres, in dem die Verwaltungsbehörde die letzte Zahlung an den Begünstigten entrichtet, den Organen und Einrichtungen der Rechnungshöfe, der Europäischen Kommission, des Fördergebers, der Prüfbehörde sowie deren Beauftragten
 - a) jederzeit Auskünfte über das Projekt zu erteilen,
 - b) gemäß deren Auswahl Einsicht in die Bücher und Belege sowie in sonstige mit dem Projekt in Zusammenhang stehende Unterlagen zu gewähren,
 - c) während der üblichen Geschäfts- und Betriebsstunden sowie außerhalb dieser Stunden nach Vereinbarung das Betreten von Grundstücken und Gebäuden sowie die Durchführung von Prüfungen, die mit dem Vorhaben in Zusammenhang stehen, zu gestatten,
 - d) Einsicht in Belege, für die andere öffentliche Förderungen während der Projektlaufzeit gewährt wurden (ggf. auch rein nationale), zu gestatten, um Mehrfachförderungen auszuschließen.

Über Relevanz im Hinblick auf die Einsichtnahme in Belege und Bücher entscheiden die jeweiligen Prüforgane.

- (3) Außerdem erteilen die Förderempfänger ihr Einverständnis, dass
 - a) die im Zusammenhang mit der gewährten Förderung stehenden Daten auf Datenträger gespeichert und an andere am Vollzug dieses INTERREG-Programms beteiligte Stellen, an die Europäische Kommission und / oder die mit der Evaluierung beauftragten Institute unter Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen weitergegeben werden können,
 - b) er auf Anforderung im Rahmen von Evaluierungen bzw. bei der Erhebung von projektbezogenen Indikatoren oder Daten mitzuwirken bereit ist,
 - c) Name und Anschrift der Projektbeteiligten sowie Verwendungszweck, Höhe der Förderung und Projektergebnisse, etc. veröffentlicht werden.

§ 11 Informations- und Publizitätspflichten

- (1) Die Förderempfänger verpflichten sich, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf die Förderung des Projekts durch die Europäische Union (EFRE) und durch das INTERREG-Programm Bayern – Österreich 2021-2027 unter Verwendung des entsprechenden Logos hinzuweisen. Die zu beachtenden Publizitätsvorschriften stehen auf der Programm-Homepage www.interreg-bayaut.net zum Download zur Verfügung.
- (2) Die Förderempfänger verpflichten sich, der Kontrollstelle die Nachweise über die vorgenommenen Informations- und Publizitätsmaßnahmen spätestens im Rahmen der Endabrechnung vorzulegen.

§ 12 Ergänzende Regelungen

Die Vertragsparteien kommen darin überein, dass

- a) der Gegenstand des vorliegenden Vertrags durch dieses Schriftstück einschließlich der angeführten Beilagen erschöpfend und abschließend geregelt ist,
- b) alle aus früherer Zeit noch allenfalls bestehenden, den Gegenstand dieses Vertrags betreffenden schriftlichen Vereinbarungen zwischen dem Fördergeber und dem Förderempfänger durch den vorliegenden Vertrag aufgehoben bzw. ersetzt werden,
- c) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags zu ihrer Rechtswirksamkeit ausdrücklich als solche zu bezeichnen sind und der schriftlichen Form bedürfen,
- d) eine Amtssignatur oder eine fortgeschrittene elektronische Unterschrift (Signatur oder Siegel) als ausreichend für die Erfüllung der Schriftform angesehen wird, sofern zumindest durch ein Berechtigungs- und Rollenkonzept ein Verfahren zum Nachweis der Identität des Genehmigenden vorhanden ist,
- e) für den Fall, dass einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein oder werden sollten, die übrigen Bestimmungen gleichwohl für die Vertragspartner bindend bleiben; in diesem Falle sind die Vertragspartner verpflichtet, anstelle der unwirksamen Regelung eine Vereinbarung zu treffen, die dem Sinn der unwirksamen Regelung möglichst nahe kommt,
- f) etwaige mit der Errichtung und / oder Durchführung dieses Vertrags entstehende Kosten, Gebühren, Steuern oder sonstige Abgaben von den Förderempfängern, alle übrigen Kosten, insbesondere alle Kosten einer rechtlichen Beratung oder Vertretung von dem Vertragspartner, der den Auftrag dazu erteilt hat, getragen werden.

§ 13 Geltungsdauer des Vertragsangebots und Wirksamkeit des Vertrags

- (1) Das Vertragsangebot gilt als zurückgezogen, wenn nicht binnen drei Monaten nach dessen Absendung oder Aushändigung an die Förderempfänger eine unterschriebene Ausfertigung des Fördervertrags beim Gemeinsamen Sekretariat eingeht.
- (2) Dieser Vertrag tritt am Tage seiner Unterzeichnung durch die Vertragspartner rückwirkend mit Projektbeginn in Kraft und bleibt wirksam bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Verpflichtungen aus der Inanspruchnahme von EFRE-Mitteln für dieses Projekt geltend gemacht werden können.

§ 14 Schlussbestimmungen

- (1) Dieser Vertrag unterliegt österreichischem Recht. Die Vertragspartner werden sich nach besten Kräften bemühen, alle sich aus dem Vertrag ergebenden Meinungsverschiedenheiten einvernehmlich zu regeln. Für den Fall, dass bei fehlender Einigung binnen einer angemessenen Frist der Rechtsweg zu beschreiten ist, bestimmen die Vertragsparteien hiermit Linz als maßgeblichen Gerichtsstandort.

Linz

Für den Fördergeber:

MMag. Markus Gneiß

Für den Lead-Partner

.....

(Ort, Datum)

(<Name>)

Für den Projektpartner

.....

(Ort, Datum)

(<Name>)

Für den Projektpartner

.....

(Ort, Datum)

(<Name>)

Beilagen zum Vertrag:

- finaler Förderantrag
- Leitfaden zur Budgetierung und Anerkennung von Kosten in Projekten mit Gesamtkosten bis zu 35.000 € (Version)
- Informationsblatt zu den Publizitätsmaßnahmen

Muster